



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Ukraine – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

03. Januar 2022

Schließung zweier Nachrichtensender

Präsident Wolodymyr Selenskyj untersagte am 28.12.21 per Dekret mit sofortiger Wirkung den Weiterbetrieb der ukrainischen Nachrichtensender Ukrlive.tv und Perwij Nesawissimij, die als oppositionsnah gelten. Das Sendeverbot gilt Medienberichten zufolge für fünf Jahre. Bereits im vergangenen Jahr wurden drei Nachrichtensender auf Betreiben Selenskyis geschlossen, die der als russlandorientiert geltenden Partei Oppositionsplattform - Für das Leben nahestanden (vgl. BN v. 08.02.21).

31. Januar 2022

Ausbau der Armeereserven, tödlicher Vorfall in Dnipro

Unter dem Eindruck einer militärischen Truppenkonzentration der Russischen Föderation an der gemeinsamen Grenze verstärkt die Ukraine ihre personellen Armeereserven. Zahlreiche zivile Personen, darunter viele Frauen, sollen laut Medienberichten derzeit eine militärische Grundausbildung durchlaufen. Laut Angaben des ukrainischen Verteidigungsministeriums unterliegen wehrtaugliche Frauen aus bestimmten Berufsgruppen im Alter von 18 bis 60 seit Dezember 2021 einer militärischen Registrierungspflicht. Am 27.01.22 kam es zudem zu einem tödlichen Vorfall, als ein Wehrpflichtiger laut Angaben des Innenministeriums in der Stadt Dnipro fünf Menschen erschoss und weitere fünf verletzte. Der Verdächtige wurde festgenommen, die Hintergründe der Tat sind noch unklar.

07. Februar 2022

OSZE-Einschätzung zur Sicherheitslage, Ausbau der Streitkräfte geplant

Ungeachtet der russischen Truppenkonzentration an der ukrainischen Grenze sind laut OSZE-Angaben vom 05.02.22 bislang keine Veränderungen der Sicherheitslage in den von der Organisation beobachteten Regionen in der Ukraine eingetreten. Die Anzahl der Waffenstillstandsverletzungen an der Kontaktlinie zu den separatistischen Gebieten in der Ostukraine befindet sich jedoch trotz leichtem Rückgang im Vergleich zum Jahr 2021, auf anhaltend hohem Niveau; im Durchschnitt verzeichnete die OSZE-Beobachungsmission im laufenden Jahr bislang täglich mehr als 200 Verletzungsvorfälle. UN-Angaben zufolge kamen im Jahr 2021 insgesamt 25 Zivilistinnen und Zivilisten im Konfliktgebiet ums Leben, 85 wurden verletzt. Präsident Selenskyj unterzeichnete am 01.02.22 ein Dekret über geplante Restrukturierungen der ukrainischen Streitkräfte. Laut Präsidialadministration ist eine personelle Aufstockung der Streitkräfte um 100.000 Soldatinnen und Soldaten, eine Erhöhung der Gehälter sowie der Umbau zu einer professionellen Berufsarmee mit Abschaffung der Wehrpflicht zum 01.01.24 vorgesehen.

14. Februar 2022

Spannungen verschärfen sich weiter, Befürchtung einer militärischen Eskalation

Trotz anhaltender internationaler diplomatischer Schritte hat sich die Konfliktlage rund um die Konzentration russischer Truppen nahe der ukrainischen Grenze und die Befürchtung einer militärischen Eskalation weiter verschärft (vgl. BN v. 31.01.22 u. 07.02.22). OSZE-Angaben vom 13.02.22 zufolge sollen Teile der zivilen Beobachtungsmission (SMM) in der Ukraine auf Initiative einiger an der Mission beteiligten Staaten aus Sicherheitsgründen kurzfristig abgezogen werden. Laut dem SMM-Lagebericht vom 11.02.22 ist die Zahl der Waffenstillstandsverletzungen an der Kontaktlinie im Gebiet Donezk sprunghaft auf 738 im Vergleich zu 27 am Vortag angestiegen. Die SMM berichtet zudem von einer Zunahme von Explosionen und Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit im Konfliktgebiet in der Ostukraine. Angesichts einer befürchteten militärischen Intervention der Russischen Föderation reduzierten in den vergangenen Tagen mehrere Staaten ihre diplomatische Präsenz und riefen ihre Staatsangehörigen zum Verlassen der Ukraine auf. Präsident Selenskyj betonte anlässlich einer Sitzung des ukrainischen Sicherheitsrates in der Stadt Charkiw am 11.02.22, dass kein Grund zur Panik bestehe und die Ukraine auf jedes Szenario vorbereitet sei. Der Sicherheitsrat beschloss in seiner Sitzung laut Medienberichten keine weitergehenden Maßnahmen wie etwa eine Mobilisierung oder einen Ausnahmezustand. Die Russische Föderation hat bislang mehrfach erklärt, dass sie keine militärische Intervention in der Ukraine plane.

Verhaftungen und Verurteilungen von Krimtataren

Laut Medienberichten wurden im Zuge von Hausdurchsuchungen in verschiedenen Regionen der Krim durch den russischen Inlandsnachrichtendienst FSB am 09.02.22 vier Krimtataren verhaftet. Ihnen werden verfassungswidrige Aktivitäten im Zusammenhang mit einer Mitgliedschaft in der islamischen Gruppierung Hizb ut-Tahrir vorgeworfen. Am 11.02.22 befand ein russisches Gericht die Krimtataren Zekirya Muratov und Vadim Bektemirov der Mitgliedschaft bei Hizb ut-Tahrir für schuldig und verurteilte sie zu Haftstrafen von elf bzw. elfeinhalb Jahren. Beide waren Medienberichten zufolge im Juli 2020 auf der Krim verhaftet worden. Hizb ut-Tahrir ist seit 2003 in der Russischen Föderation als extremistische Vereinigung eingestuft.

21. Februar 2022

Lagezuspitzung in der Ostukraine, humanitäre Situation

Medienberichten zufolge hat sich die angespannte Situation im Konfliktgebiet in der Ostukraine weiter zugespitzt (vgl. BN v. 14.02.22). Die OSZE-Beobachtungsmission registrierte in ihrem Tagesbericht vom 19.02.22 insgesamt 1566 Waffenstillstandsverstöße an der Kontaktlinie, darunter 1413 Explosionen. Die de-facto-Behörden in den nicht von der Regierung kontrollierten Teilen der Gebiete Donezk und Luhansk ordneten am 18.02.22 die Evakuierung der Zivilbevölkerung in die Russische Föderation an und riefen am folgenden Tag eine Generalmobilmachung aus; Männer zwischen 18 und 55 sollen die Region nicht verlassen dürfen. Laut Medienberichten sollen insgesamt 700.000 Menschen aus dem Gebiet Donezk in die Russische Föderation evakuiert werden. Angaben des ukrainischen Militärs zufolge wurden am 19.02.22 zwei Angehörige der ukrainischen Streitkräfte nahe der Kontaktlinie getötet und weitere vier verwundet. Die Konfliktparteien warfen sich gegenseitig den Einsatz schwerer Waffen entgegen den Bestimmungen des bislang nicht umgesetzten Minsker Abkommens von 2015 vor. Unterdessen halten die internationalen diplomatischen Diplomatievorstöße aufgrund einer befürchteten militärischen Eskalation durch die Konzentration russischer Truppen an der ukrainischen Grenze weiter an. Nach Schätzungen der EU-Kommission könnten im Falle einer militärischen Eskalation zwischen 20.000 und über einer Mio. Menschen aus der Ukraine in der EU Schutz suchen. Laut einem UN-Bericht vom 11.02.22 wird die Zahl der Menschen in der Ukraine, die auf humanitäre Unterstützung angewiesen sind, für das laufende Jahr auf rd. 2,9 Mio. geschätzt, davon etwa 54 % Frauen und Mädchen. Als ursächliche Faktoren werden in diesem Zusammenhang vor allem der anhaltende bewaffnete Konflikt in der Ostukraine sowie Bewegungseinschränkungen durch die COVID-19-Pandemie genannt, von denen insbesondere die Bevölkerung nahe der Kontaktlinie in den nicht von der Regierung kontrollierten Teilen der Gebiete Donezk und Luhansk betroffen ist. UNHCR-Angaben zufolge ist der Personenverkehr an der Kontaktlinie aktuell nur an zwei von insgesamt sieben Übergangspunkten möglich.

28. Februar 2022

Militärische Invasion in die Ukraine, Kampfhandlungen in Teilen des Landes

Die am 24.02.22 gestartete militärische Invasion in die Ukraine durch Streitkräfte der Russische Föderation hat in Teilen des Landes zu Kampfhandlungen geführt und großflächige Fluchtbewegungen der Zivilbevölkerung ausgelöst. Präsident Wolodymyr Selenskyj verhängte kurz nach Beginn der Kampfhandlungen das Kriegsrecht und rief eine Generalmobilisierung aus; Männer zwischen 18 und 60 Jahren dürfen das Land aktuell nicht verlassen. Als weitere unmittelbare Reaktion brach die Ukraine die diplomatischen Beziehungen mit der Russischen Föderation ab. Kurz vor Beginn der Militärinvasion erkannte der russische Präsident Wladimir Putin am 21.02.22 die Unabhängigkeit der unter Kontrolle pro-russischer Separatisten stehenden Volksrepubliken Donezk und Luhansk offiziell an und bezeichnete die 2015 in Minsk getroffenen Vereinbarungen zur Beilegung des Konflikts in der Ostukraine als faktisch nicht mehr umsetzbar. Als Ziele des militärischen Eingreifens nannte Putin am 24.02.22 u.a. eine Demilitarisierung der Ukraine. Mit Stand 27./28.02.22 finden Medienberichten zufolge in mehreren Regionen der Ukraine, vor allem in und um Kiew, Charkiw, Cherson, Sumy, Saporishshja, Berdjansk und Mariupol Kampfhandlungen zwischen ukrainischen und russischen Streitkräften statt. Aufgrund der sich rasch verändernden militärischen Situation ist eine genauere Lageeinschätzung aktuell nicht möglich. Medienberichten zufolge sind russische Truppen insbesondere im Süden von der annektierten Halbinsel Krim sowie im Norden von eigenem bzw. belarussischem Staatsgebiet aus weit in ukrainisches Territorium vorgedrungen. Auch Vorstöße bewaffneter Einheiten der pro-russischen Separatisten in der Ostukraine auf bislang ukrainisch kontrollierte Gebiete wurden gemeldet. Das Sperrgebiet Tschernobyl an der Grenze zu Belarus wurde am 24.02.22 durch russische Militäreinheiten eingenommen. Medienberichte vom Vormittag des 28.02.22 sprechen zudem davon, dass auch Belarus plant, militärisch in den Konflikt einzugreifen. Insbesondere Objekte der militärischen Infrastruktur wurden bislang als Ziele militärischer Angriffe durch die Russische Föderation gemeldet. Medien und Menschenrechtsorganisationen dokumentieren jedoch auch Zerstörungen und Beschädigungen ziviler Wohngebäude und Einrichtungen durch Raketenangriffe. International wurde die russische Militärinvasion seitens zahlreicher Staaten verurteilt. Die EU, die USA sowie weitere westliche Staaten kündigten als Reaktion auf das russische Vorgehen Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen die Russische Föderation und hochrangige Vertretende der russischen Regierung sowie Lieferungen von Militärmaterial an die Ukraine an. Ein Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen sowie die weiteren Konsequenzen und Modalitäten einer möglichen Konfliktlösung sind aktuell noch nicht abzusehen. Präsident Selenskyj erklärte sich am Nachmittag des 27.02.22 zu diplomatischen Verhandlungen ohne Vorbedingungen mit einer russischen Delegation am 28.02.22 an der belarussischen Grenze bereit, nachdem ein vorheriger Diplomatievorstoß am 25.02.22 gescheitert war.

Humanitäre Lage, Fluchtbewegungen

Die militärische Eskalation des Konflikts hat zu einer landesweiten humanitären Notlage geführt. Laut UNHCR-Angaben vom 27.02.22 haben bereits rd. 422.000 Menschen die Ukraine verlassen, hauptsächlich in die westlichen Nachbarländer Polen, Ungarn, Slowakei und Rumänien. Diese hatten zum Teil bereits im Zuge der schweren politischen Spannungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation in den vergangenen Wochen ihre Bereitschaft zur Aufnahme ukrainischer Schutzsuchender erklärt. Medien berichten von Staus und langen Wartezeiten an den Grenzübergängen zur Ausreise aus der Ukraine. Die Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs ist Medienberichten zufolge in einigen Regionen nur noch eingeschränkt möglich. Auch die Versorgung mit Wasser, Strom, Medikamenten sowie medizinischen Dienstleistungen ist aufgrund der teilweisen Zerstörung von kritischer Infrastruktur mancherorts unterbrochen. Die ukrainischen Behörden riefen die Bevölkerung dazu auf, etwa in Kellern und U-Bahn-Stationen Schutz zu suchen. Aufgrund der volatilen Lage besteht Unklarheit über das bisherige Ausmaß ziviler und militärischer Todesopfer sowie Verwundeter. UN- 16 Angaben vom 27.02.22 zufolge kamen mindestens 64 Zivilpersonen im Zuge der Ereignisse ums Leben, ukrainische Angaben vom selben Tag sprechen von mindestens 352 getöteten Zivilistinnen und Zivilisten sowie rd. 1.700 Verletzten. Laut Schätzungen der EU-Kommission vom 27.02.22 werden mehr als sieben Mio. vertriebene Menschen innerhalb und außerhalb der Ukraine erwartet, im Falle eines länger andauernden Krieges könnten zudem bis zu 18 Mio. Ukrainerinnen und Ukrainer auf humanitäre Hilfe angewiesen sein.

07. März 2022

Militärinvasion, Fortgang der Kampfhandlungen

Die am 24.02.22 gestartete russische Militärinvasion in der Ukraine hält weiter an (vgl. BN v. 28.02.22). Russische Streitkräfte sind ausgehend von den nördlichen und östlichen Grenzen der Ukraine sowie der annektierten Krim weiter ins Landesinnere vorgestoßen und nahmen dabei u.a. die Städte Cherson und Berdjansk sowie großflächige Landgebiete ein; zahlreiche Medien berichten von anhaltend schweren Bombardierungen und Zerstörungen insbesondere in den Städten Kiew, Charkiw, Tschernihiw, Mariupol, Sumy und Mikolajiw, die durch russische Bodentruppen umstellt sind. Trotz mehrfachem Verweis der Russischen Föderation auf eine ausschließliche Zerstörung militärischer Infrastruktur richteten sich die Angriffe nach übereinstimmenden Medienerkenntnissen verstärkt auch auf zivile Personen und Objekte, wie Wohngebäude und medizinische Einrichtungen. Laut Medienberichten kamen bei Artillerieangriffen auf Wohngebiete in der Stadt Tschernihiw am 04.03.22 mindestens 47 Menschen ums Leben. Ukrainischen Militärangaben vom 07.03.22 zufolge bereiten sich russische Streitkräfte auf einen Angriff auf die Hauptstadt Kiew vor, deren Vororte bereits seit Tagen unter Artilleriebeschuss stehen. Am 07.03.22 kam es zu einem tödlichen Vorfall in der Stadt Irpin bei Kiew, bei dem nach Angaben des lokalen Bürgermeisters mehrere Zivilpersonen, darunter eine Familie mit Kindern bei einem Evakuierungsversuch getötet wurden. Nach Gefechten um das Atomkraftwerk Saporischschja am 03.03. und 04.03.22 ist ein Brand auf dem Gebiet der Anlage ausgebrochen. Laut Medienberichten konnte dieser von Einsatzkräften gelöscht werden. Russische Streitkräfte nahmen das Atomkraftwerk am 04.03.22 ein. Der Vorfall löste internationale Besorgnis aus; nach Angaben der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA gibt es derzeit keine Hinweise auf erhöhte Strahlungswerte. Nach bisher zwei stattgefundenen Verhandlungsrunden einigten sich die Konfliktparteien auf die Schaffung humanitärer Korridore für umkämpfte Gebiete, ein von der ukrainischen Seite geforderter Waffenstillstand konnte bislang nicht durchgesetzt werden. In der Hafenstadt Mariupol schlugen am 05.03. und 06.03.22 Versuche zur Schaffung humanitärer Korridore bereits nach kurzer Zeit fehl; die Konfliktparteien beschuldigten sich gegenseitig, für das Scheitern verantwortlich zu sein. Die Stadt befindet sich unter anhaltendem schwerem Artilleriebeschuss, zahlreichen Medienberichten zufolge ist die Zivilbevölkerung in Mariupol derzeit von der Versorgung mit Strom, Heizungswärme, Medikamenten und Lebensmitteln abgeschnitten. Der russische Präsident Wladimir Putin bekräftigte am 06.03.22 die Forderungen u.a. nach einer Kapitulation der ukrainischen Streitkräfte, einer Demilitarisierung sowie der Anerkennung der 2014 erfolgten Annexion der Krim als Bedingungen für die Einstellung der Kampfhandlungen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj lehnte bislang diese Forderungen ab und rief die Bevölkerung zum weiteren Widerstand auf. Forderungen der Ukraine nach der Einrichtung einer Flugverbotszone wurden wiederholt seitens westlicher Staaten zurückgewiesen. Befürchtet wird ein weiteres Übergreifen der Kampfhandlungen auf bisher noch nicht von russischen Bodentruppen erreichten Gebiete, wie die Städte Odessa und Dnipro.

Humanitäre Lage, Fluchtbewegungen

UN-Angaben vom 06.03.22 zufolge sind bereits über 1,5 Mio. Menschen aus der Ukraine geflohen; davon rd. eine Mio. in den Nachbarstaat Polen. Die UN spricht von der am schnellsten wachsenden Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Laut Angaben des Internationalen Roten Kreuzes verschlechtert sich die humanitäre Situation insbesondere in den umkämpften Städten, die zunehmend von der Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten abgeschnitten sind. Der Bürgermeister von Kiew rief am 04.03.22 Inhaberinnen und Inhaber privater Apotheken zur Öffnung ihrer Geschäfte auf, da öffentliche Apotheken überfrequentiert seien. Laut UN-Angaben vom 06.03.22 wurden bislang mindestens 364 Zivilpersonen getötet und mindestens 769 verletzt, darunter dutzende Kinder; die tatsächlichen Zahlen dürften jedoch höher sein. Laut Angaben der ukrainischen Präsidentschaftsadministration benötigen mehrere hunderttausend Menschen aus besonders umkämpften Städten eine sofortige Evakuierung. Nach Angaben des russischen Militärs sollen ab dem Vormittag des 07.03.22 Feuerpausen und humanitäre Korridore in Richtung Russland und Belarus für die Städte Kiew, Charkiw, Mariupol und Sumy eingerichtet werden. Seitens zahlreicher Staaten wurde die humanitäre Notlage in der Ukraine thematisiert und entsprechende Hilfsleistungen in Aussicht gestellt. Laut Medienberichten soll eine dritte Verhandlungsrunde zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation am 07.03.22 stattfinden.

14. März 2022

Fortgang der russischen Militärintvasion

Die am 24.02.22 von der Russischen Föderation gestartete Militärintvasion in der Ukraine dauert weiterhin an (vgl. BN v. 28.02.22 u. 07.03.22). Insbesondere aus den von russischen Streitkräften vollständig oder teilweise umstellten Städten Kiew, Charkiw, Mariupol, Mykolajiw, Sumy und Tschernihiw werden anhaltende Kampfhandlungen, Explosionen und Zerstörungen ziviler Infrastruktur wie beispielsweise Krankenhäuser und Wohngebiete mit Todesopfern durch Luftangriffe gemeldet. Medienberichte sprechen von derzeitigen Vorbereitungen russischer Streitkräfte zu weiteren Offensivoperationen auf mehrere Städte, nachdem der Vormarsch von Bodentruppen in den vergangenen Tagen verlangsamt wurde. Die Angriffe verlagern sich zunehmend auch auf den westlichen Landesteil der Ukraine; bei Luftangriffen auf einen Militärübungsplatz am 13.03.22 nahe der Stadt Lwiw wurden ukrainischen Angaben zufolge 35 Personen getötet und 134 verletzt. Der Flughafen in der westukrainischen Stadt Iwano-Frankwisk wurde laut Angaben des lokalen Bürgermeisters am 13.03.22 weitgehend zerstört. In mehreren von russischen Streitkräften besetzten Orten kam es laut Videos in sozialen Medien zu Protestaktionen der Bevölkerung. In der unter russischer Kontrolle stehenden Stadt Melitopol wurde Medienberichten zufolge der Bürgermeister abgesetzt. Infolge entsprechender Vereinbarungen zwischen den Konfliktparteien wurden mehrere humanitäre Korridore zur Evakuierung der Zivilbevölkerung aus besonders umkämpften Orten eingerichtet, laut Aussagen der ukrainischen Regierung sollen bislang mindestens 130.000 Zivilpersonen über Fluchtkorridore evakuiert worden sein. Medienberichten zufolge kommt es weiterhin zu Angriffshandlungen auf flüchtende Zivilpersonen, bei einem Fluchtversuch nahe Kiew kamen am 12.03.22 laut ukrainischen Angaben sieben Menschen ums Leben. In der besonders umkämpften Stadt Mariupol ist die Einrichtung humanitärer Fluchtkorridore bislang mehrfach gescheitert, am 13.03.22 konnte zudem ein Konvoi mit Hilfsgütern nicht die Stadt erreichen. Eine diplomatische Lösung zur Beendigung des Krieges ist derzeit weiterhin nicht in Sicht, in mehreren Verhandlungsrunden konnten sich die Konfliktparteien bislang nicht auf die Einrichtung einer Waffenruhe oder weitergehender Maßnahmen einigen. Präsident Wolodymyr Selenskyj bekräftigte indessen seine Forderung an westliche Staaten nach Einrichtung einer Flugverbotszone und zeigte sich zudem bereit für direkte Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Laut Medienangaben soll die nächste Verhandlungsrunde zwischen russischen und ukrainischen Delegationen per Videokonferenz am Vormittag des 14.03.22 stattfinden.

Humanitäre Lage, Fluchtbewegungen

UNHCR-Angaben vom 12.03.22 zufolge sind bereits rd. 2,7 Mio. Menschen aus der Ukraine geflohen; die Zahl der Binnenflüchtlinge innerhalb der Ukraine wird derzeit auf rd. 6,7 Mio. geschätzt. Mit Stand 12.03.22 wird die Zahl der zivilen Todesopfer durch die UN auf mindestens 596 sowie die Zahl von Menschen in Not auf bis zu 18 Mio. beziffert. Die humanitäre Lage verschlechtert sich mit zunehmender Dauer des Krieges, zahlreiche Medienberichte thematisieren Versorgungsmängel bei Gütern des täglichen Bedarfs und medizinischer Ausrüstung insbesondere in den umkämpften Gebieten. Laut WHO-Angaben vom 14.03.22 kommen medizinische Hilfsleistungen derzeit noch über funktionierende Transportwege in der Ukraine an. Angaben des ukrainischen Energieministeriums zufolge sind derzeit hunderttausende Menschen von der Versorgung mit Gas und Strom abgeschnitten. Nach Angaben der Organisation Ärzte ohne Grenzen sowie der UN ist die humanitäre Situation insbesondere in der umkämpften Stadt Mariupol besorgniserregend. Befürchtet wird eine steigende Anzahl ziviler Todesopfer durch Dehydrierung, Hunger und des Fehlens grundlegender Medikamente, falls die Kampfhandlungen nicht schnellstmöglich eingestellt würden.

21. März 2022

Russische Militärintvasion

Die am 24.02.22 von der Russischen Föderation gestartete Militärintvasion in der Ukraine hält weiterhin an (vgl. BN v. 07.03.22 u. 14.03.22). Im Zuge des stattfindenden Kriegsgeschehens hat sich die Lage für die Zivilbevölkerung insbesondere in den von russischen Streitkräften eingeschlossenen Städten weiter verschärft, zahlreiche Medienberichte thematisieren Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Einrichtungen. Bei einem Luftangriff auf ein Einkaufszentrum in Kiew am 20.03.22 wurden laut Agenturangaben bislang mindestens sechs Todesopfer gemeldet. Laut UNHCR haben die anhaltenden Engpässe bei Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten sowie die teils unterbrochene Versorgung mit Strom und Heizungswärme in den umkämpften Städten ein potentiell

lebensbedrohliches Ausmaß für die Zivilbevölkerung angenommen. UN-Angaben zufolge konnte ein humanitärer Konvoi mit Hilfsgütern am 18.03.22 die umkämpfte Stadt Sumy erreichen. UNHCR-Schätzungen vom 19.03.22 zufolge sind bislang mehr als 3,3 Mio. Menschen aus der Ukraine geflohen, darüber hinaus sind derzeit rd. 12 Mio. Menschen in der Ukraine in den vom Kriegsgeschehen am stärksten betroffenen Gebieten auf humanitäre Hilfe angewiesen. Insbesondere vulnerable Personengruppen wie Kinder, Frauen, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sind laut UNHCR mit zunehmenden Barrieren beim Zugang zu lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen konfrontiert. UN-Angaben vom 20.03.22 verzeichnen bislang mindestens 902 festgestellte zivile Todesopfer sowie 1.459 Verletzte. Eine Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs vom 16.03.22, die die Russische Föderation zur sofortigen Einstellung ihrer Militäroperationen auffordert, wurde von der russischen Regierung zurückgewiesen. Die ukrainische Regierung lehnte am Morgen des 21.03.22 eine von der Russischen Föderation geforderte Kapitulation ihrer Streitkräfte in der Stadt Mariupol ab. Über einen Fluchtkorridor in die Stadt Saporischschja wurden in der vergangenen Woche laut ukrainischen Angaben mehrere zehntausend Zivilpersonen aus Mariupol evakuiert, während mehrere Versuche zur Lieferung humanitärer Hilfe in die Stadt scheiterten. Bei einem Luftangriff auf ein Theaterhaus in Mariupol am 16.03.22 sollen Medienberichten zufolge hunderte dort Zuflucht suchende Zivilpersonen in einem Luftschutzraum unter den Trümmern eingeschlossen sein; mit Stand 18.03.22 gab Präsident Wolodymyr Selenskyj bekannt, dass bislang 130 Personen gerettet werden konnten. Am 20.03.22 wurde die Einrichtung von mehreren humanitären Korridoren aus den Gebieten um Kiew, Charkiw und Mariupol gemeldet. Zahlreiche Medienberichte sprechen von einer Verlangsamung der russischen Militäroperationen in einigen Gebieten; weitere Versuche zur Einkreisung der teilweise umstellten Großstädte Kiew und Charkiw seien bislang u.a. durch logistische Probleme und Gegenstöße ukrainischer Streitkräfte nicht erfolgreich gewesen. In den von russischen Streitkräften besetzten Gebieten soll es laut Medienberichten zu Fällen von Entführungen amtstragender Personen gekommen sein. Unterdessen halten die diplomatischen Verhandlungsrunden zwischen den Konfliktparteien mithilfe internationaler Vermittlungsversuche weiter an, ein Durchbruch ist jedoch derzeit weiterhin nicht in Sicht. Präsident Selenskyj bekräftigte am 20.03.22 erneut seine Bereitschaft zu einem direkten Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Die russische Regierung teilte mit, ein Treffen der beiden Staatsoberhäupter sei nicht ausgeschlossen, jedoch abhängig von der weiteren Arbeit der Verhandlungsdelegationen.

28. März 2022

Russische Militärinvasion

Auch in der fünften Woche hält das Kriegsgeschehen in der Ukraine aufgrund der russischen Militärinvasion weiter an. Laut UNHCR sind bis zum 26.03.22 über 3,8 Mio. Menschen aus der Ukraine geflohen; UN-Angaben vom 27.03.22 zufolge wurden bislang mindestens 1.119 Zivilpersonen getötet und 1.790 verletzt. Laut WHO verschlechtert sich die medizinische Versorgungslage insbesondere in der Ostukraine zunehmend; seit Kriegsbeginn wurden landesweit 72 Angriffe auf medizinische Einrichtungen mit mindestens 71 Todesopfern durch die WHO verifiziert. Am Abend des 27.03.22 kam es laut verschiedenen Medienberichten zu schweren Explosionen durch russische Luftangriffe u.a. in den Städten Kiew, Charkiw, Mariupol, Luzk sowie nahe Krywyj Rih und im umkämpften Gebiet Luhansk. In der seit Wochen von russischen Streitkräften eingeschlossenen Stadt Mariupol ist die Lage nach Angaben des dortigen Bürgermeisters weiterhin kritisch, rd. 80 % der Wohnungen seien zerstört. Die Hälfte der Zivilbevölkerung habe inzwischen die Stadt verlassen; zudem gebe es Berichte, dass Zivilpersonen durch russische Streitkräfte in die Russische Föderation verschleppt worden seien. Über die Zahl der Todesopfer und Verletzten in Mariupol besteht Unklarheit. Die ebenfalls militärisch umstellte Stadt Tschernihiw ist Medienberichten zufolge von der Versorgung mit Strom, Wasser und Heizungswärme abgeschnitten. Die Stadtverwaltung in Kiew teilte mit, dass die Heizperiode in der Hauptstadt am 28.03.22 vorzeitig beendet werden soll, die Infrastruktur jedoch trotz des Kriegsgeschehens funktioniere. Aus der Stadt Saporischschja wurde am 27.03.22 gemeldet, dass mehr als 46.500 geflüchtete Zivilpersonen in den vergangenen zwölf Tagen angekommen seien und mit notwendiger Hilfe versorgt werden. Weitere Versuche russischer Streitkräfte zur militärischen Einkreisung der Großstädte Kiew und Charkiw waren bislang laut Medienberichten nicht erfolgreich, die ukrainische Armee konnte laut eigenen Angaben begrenzte Gegenoffensiven in beiden Gebieten durchführen. Aus dem von russischen Streitkräften besetzten Gebiet Cherson werden weiterhin Proteste der Zivilbevölkerung und Fälle von Entführungen amtstragender Personen gemeldet. Die selbsternannte Volksrepublik Luhansk in der Ostukraine gab am 27.03.22 bekannt, dass sie ein Referendum über einen Beitritt in die Russische Föderation in

naher Zukunft plane. 11 Weitere Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien sind laut Agenturangaben unter Vermittlung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan für diese Woche in der Türkei vorgesehen. Präsident Selenskyj bekräftigte in einem Interview am 27.03.22 die Bereitschaft, einen möglichen Neutralitätsstatus als eine der russischen Kernforderungen prüfen zu wollen, eine endgültige Entscheidung könne jedoch erst im Anschluss eines abzuhaltenden Referendums in der Ukraine getroffen werden.

04. April 2022

Russische Militärintervention, Kriegsgeschehen in der Ukraine

Die Angriffe russischer Streitkräfte in der Ukraine im Rahmen der am 24.02.22 gestarteten Militärintervention dauern nach wie vor an. Laut UNHCR sind bis 02.04.22 knapp 4,2 Mio. Menschen aus der Ukraine geflohen; UN-Angaben vom 03.04.22 zufolge kamen bislang mindestens 1.417 Zivilpersonen ums Leben, darunter 121 Kinder und Jugendliche, die Zahl der Verletzten wird bislang mit 2.038 angegeben. Laut Medienberichten vom 03.04. und 04.04.22 wurden in der Stadt Butscha nahe Kiew zahlreiche Leichen getöteter Zivilpersonen aufgefunden. Die ukrainische Regierung machte russische Streitkräfte, die bis kurz zuvor die Kontrolle über die Stadt hielten, für die 13 dortigen Geschehnisse verantwortlich. Seitens der UN wurde eine unabhängige Untersuchung der Vorfälle in Butscha gefordert. Laut Angaben von Human Rights Watch (HRW) vom 03.04.22 sind seit Kriegsbeginn Fälle von Vergewaltigungen und Tötungen durch russische Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung in mehreren ukrainischen Regionen dokumentiert worden. Ukrainische Angaben sprechen weiterhin von Entführungsfällen ukrainischer Amtsträger durch russische Streitkräfte in besetzten Gebieten. Die Russische Föderation hat ihre Streitkräfte in den umkämpften Gebieten Kiew und Tschernihiw laut Angaben des ukrainischen Militärs weitgehend in eigenes bzw. belarussisches Staatsgebiet zurückgezogen, auch aus dem Gebiet Sumy wurde von der dortigen Gebietsverwaltung am 04.04.22 ein beginnender russischer Truppenabzug gemeldet. Die Verkehrsverbindung zwischen den Städten Kiew und Tschernihiw soll laut ukrainischer Angaben am 04.04.22 wiederhergestellt werden, was den Transport humanitärer Hilfsgüter ermögliche. Infolge der militärischen Einkesselung durch russische Streitkräfte war die Stadt Tschernihiw mehrere Wochen von der Lieferung humanitärer Hilfe weitgehend abgeschnitten, lokale Quellen sprechen zudem von großflächigen Zerstörungen des Stadtbilds. Anhaltende militärische Angriffe russischer Streitkräfte werden nach wie vor insbesondere aus den umkämpften Gebieten Charkiw, Donezk, Luhansk und Cherson gemeldet; zudem kam es laut ukrainischer Angaben am 03.04. und 04.04.22 zu Raketenangriffen u.a. auf die Städte Odessa, Mykolajiw, Ternopil und Riwno. Zahlreiche Medienberichte sprechen von einer potentiellen Intensivierung des Kriegsgeschehens in der Ostukraine im Zuge von Truppenverlegungen und Neuformierungen russischer Streitkräfte. Aus der militärisch eingeschlossenen Hafenstadt Mariupol werden anhaltende Evakuierungen der Zivilbevölkerung nach Saporischschja gemeldet. Medienberichten zufolge sollen sich noch etwa 100.000 Menschen in der Stadt aufhalten; die Versorgung Mariupols mit überlebensnotwendigen Gütern durch humanitäre Konvois ist seit Wochen weitgehend unterbrochen. Laut russischer Angaben vom 03.04.22 sollen die Fortschritte bei der Erarbeitung eines Friedensabkommens noch nicht ausreichend für ein Treffen der Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Wladimir Putin sein. Insbesondere ein Waffenstillstand sowie ein Treffen der beiden Präsidenten waren zuvor wiederholt seitens der Ukraine eingefordert worden, die russische Regierung macht beides vom weiteren Verlauf der Verhandlungsarbeit zwischen der ukrainischen und russischen Delegation abhängig.

11. April 2022

Humanitäre Lage und Kriegsgeschehen in der Ukraine

Nach dem militärischen Rückzug russischer Streitkräfte aus den Gebieten Kiew, Tschernihiw und Sumy hat sich das Kriegsgeschehen in der Ostukraine intensiviert und die humanitäre Situation u.a. durch anhaltende Zerstörungen ziviler Infrastruktur weiter verschlechtert. Die ukrainische Regierung forderte am 06.04.22 angesichts der militärischen Zuspitzung die Zivilbevölkerung in den Gebieten Donezk und Luhansk zur schnellstmöglichen Evakuierung auf. Bei Raketenangriffen auf den Bahnhof der Stadt Kramatorsk im Gebiet Donezk wurden am 08.04.22 beim Warten auf Evakuierungszüge laut ukrainischen Angaben 57 Menschen getötet und 114 verletzt. Im Gebiet Charkiw kamen am 10.04.22 laut Angaben des Regionalgouverneurs zehn Zivilpersonen infolge von Artilleriefeuer und Raketeneinschlägen ums Leben. Die umkämpfte Hafenstadt Mariupol ist Medienberichten zufolge zu großen Teilen von russischen Streitkräften erobert worden, noch immer sollen sich zahlreiche

Zivilpersonen in ihr aufhalten. Seit Beginn der militärischen Einkreisung Mariupols Ende Februar 2022 ist die Stadt weitgehend von humanitärer Unterstützung abgeschnitten. Über Evakuierungsbusse und private Kraftfahrzeuge werden im Rahmen von täglich neu vereinbarten humanitären Korridoren nach wie vor Zivilpersonen u.a. aus Mariupol und Berdjansk in die Stadt Saporischja evakuiert, zudem wurde auch die Einrichtung von humanitären Korridoren aus mehreren Ortschaften im Gebiet Donezk in die Stadt Bachmut gemeldet. Ukrainischen Angaben zufolge wurden am 10.04.22 2.824 Zivilpersonen mithilfe humanitärer Korridore evakuiert. Aus dem Gebiet um die Hauptstadt Kiew seien im Zuge derzeit laufender Aufräumarbeiten laut Angaben der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft bislang über 1.200 Tote entdeckt worden; bereits kurz nach dem Abzug der russischen Streitkräfte aus dem Gebiet waren in der Stadt Butscha die Leichen zahlreicher Zivilpersonen aufgefunden worden (vgl. BN v. 04.04.22). Die Generalstaatsanwaltschaft kündigte an, die Geschehnisse als mögliche Kriegsverbrechen russischer Streitkräfte zu untersuchen. Die Kiewer Stadtverwaltung meldete am 06.04.22, dass 167 Wohngebäude sowie 44 Schulen und 26 Kindergärten durch Raketenbeschuss in Kiew beschädigt wurden und rief die aus der Stadt geflohene Zivilbevölkerung auf, aufgrund der Gefahr erneuter militärischer Angriffe vorerst noch nicht wieder zurückzukehren. Ukrainischen Angaben vom 09.04.22 zufolge seien landesweit bislang insgesamt 928 Bildungseinrichtungen durch das Kriegsgeschehen beschädigt worden, davon seien 84 vollständig zerstört. Die ukrainische Grenzschutzbehörde gab bekannt, dass sie seit Beginn der russischen Militärintervention knapp 2.200 Männer im aufgrund des derzeitigen Kriegsrechts geltenden wehrpflichtigen Alter zwischen 18 und 60 Jahren an der Ausreise gehindert habe, zudem soll es im Zusammenhang mit Grenzübertrittsversuchen auch zu Todesfällen gekommen sein. Laut WHO-Angaben wurden seit Beginn der russischen Militärintervention 108 Angriffe auf medizinische Einrichtungen mit 73 Todesopfern in der Ukraine dokumentiert. UN-Angaben vom 09.04.22 sprechen von bislang 1.766 getöteten und 2.383 verletzten Zivilpersonen im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen, darunter mindestens 284 ums Leben gekommene Frauen und 139 Kinder. Die überwiegende Anzahl der dokumentierten zivilen Todesfälle steht laut UN-Angaben ursächlich im Zusammenhang mit dem Einsatz explosiver Waffensysteme. Aktuelle UNHCR-Angaben sprechen von bislang über 4,5 Mio. aus der Ukraine geflohenen Menschen (Stand: 09.04.22), zudem gebe es derzeit rd. 7,1 Mio. Binnengeflüchtete in der Ukraine. Präsident Selenskyj bekräftigte am 09.04.22 seine weiter anhaltende Bereitschaft für eine Verhandlungslösung mit der Russischen Föderation. Trotz mehrerer bisher stattgefundenen Verhandlungsrunden, zum Teil mit türkischer Vermittlung, ist es bislang nicht zu konkreten Fortschritten wie etwa einem Waffenstillstand gekommen. Die Ukraine hatte mit Beginn der russischen Militärintervention die formalen diplomatischen Beziehungen zur Russischen Föderation abgebrochen.

15. April 2022

Kriegsgeschehen und humanitäre Lage

Das Kriegsgeschehen intensiviert sich weiter in den südlichen und östlichen Regionen der Ukraine aufgrund militärischer Vorstöße russischer Bodentruppen und anhaltender Raketenangriffe, insbesondere auf die Stadt Charkiw sowie in den umkämpften Gebieten Donezk und Luhansk (vgl. BN v. 11.04.22). Auch aus der Hafenstadt Odessa wurden am 23.04.22 Luftangriffe mit mehreren zivilen Todesopfern gemeldet. Aus der von russischen Streitkräften weitestgehend eingenommenen südukrainischen Region Cherson meldete das ukrainische Militär am 24.04.22 die Wiederherstellung der Kontrolle über mehrere Dörfer sowie russische Truppenkonzentrationen für einen möglicherweise bevorstehenden Angriff auf die Großstadt Kriwyj Rih. Laut Medienberichten wurde die Stadt Mariupol mit Ausnahme des Stahlwerks „Asowstal“ von russischen Streitkräften eingenommen. Die Ukraine bat die Russische Föderation am 24.04.22 angesichts der Lage in der Stadt um Verhandlungen über einen Austausch von Militärangehörigen und Zivilpersonen sowie über die Einrichtung eines humanitären Korridors. Zuvor hatte die russische Seite erklärt, die Voraussetzung für eine Einstellung der Kampfhandlungen in Mariupol sei die Kapitulation der verbliebenen ukrainischen Streitkräfte auf dem Gelände des Stahlwerks. Ukrainischen Angaben zufolge sollen sich noch etwa 1.000 Zivilpersonen auf dem Werksgelände sowie in der gesamten Stadt noch über 100.000 bislang nicht evakuierte Menschen aufhalten. Das russische Militär teilte am 22.04.22 mit, die vollständige Kontrolle über die ostukrainische Donbass-Region sowie die Südukraine anzustreben. Die Donezker Gebietsverwaltung gab am 22.04.22 bekannt, dass drei Viertel der Bewohnenden im ukrainisch kontrollierten Teil des Donezker Gebietes dieses mittlerweile verlassen hätten. Eine seitens der Ukraine geforderte Waffenruhe anlässlich des christlich-orthodoxen Osterfestes wurde nach Angaben von Präsident Selenskyj von der Russischen Föderation abgelehnt. Laut eines am 21.04.22 veröffentlichten Berichts von Human Rights Watch (HRW) wurden

in der Stadt Butscha nahe Kiew Beweise für von russischen Streitkräften begangene Fälle von Hinrichtungen, Verschleppungen und Folter festgestellt. OHCHR-Angaben vom 22.04.22 sprechen von 50 dokumentierten unrechtmäßigen Tötungsfällen von Zivilpersonen in Butscha. Insgesamt wurden laut UN bis einschließlich 21.04.22 mindestens 2.435 getötete und 2.946 verletzte Zivilpersonen im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen dokumentiert. Laut ukrainischen Angaben vom 22.04.22 seien bislang 1.084 Leichen getöteter Zivilpersonen in der Region Kiew aufgefunden worden. Bis zum 23.02.22 haben rd. 5,2 Mio. Menschen laut UNHCR-Angaben die Ukraine seit Beginn der russischen Militärintervention verlassen; zugleich seien dem ukrainischen Grenzdienst zufolge rd. 1,15 Mio. Personen im Zeitraum zwischen dem 28.02. und 23.04.22 in die Ukraine eingereist. Aktuelle IOM-Schätzungen gehen von 600.000 weiteren Binnengeflüchteten in den ersten 17 Tagen des Aprils aus, die Gesamtzahl der innerhalb der Ukraine durch das Kriegsgeschehen Geflohenen betrage derzeit rd. 7,7 Mio. Menschen. Das ukrainische Parlament stimmte nach entsprechender Initiative von Präsident Selenskyj am 21.04.22 für eine erneute Verlängerung des geltenden Kriegsrechts bis zum 25.05.22. Es gilt weiterhin eine grundsätzliche Ausreiseperrre für männliche ukrainische Staatsangehörige im Alter zwischen 18 und 60 Jahren.

02. Mai 2022

Kriegsgeschehen und humanitäre Lage in der Ukraine

Das Kriegsgeschehen in der Ukraine durch die russische Invasion hält insbesondere in den südlichen und östlichen Regionen weiter an (vgl. BN v. 25.04.22). Militärische Angriffe seitens russischer Streitkräfte wurden laut Medienberichten vom 28.04. und 29.04.22 u.a. in und um die Städte Charkiw, Isjum, Mykolajiw, Lyssytschansk und Sewerodonezk gemeldet; zudem halten auch Raketenangriffe auf Ziele in der West- und Zentralukraine, darunter auch die Hauptstadt Kiew, weiter an. Die ukrainische Militärverwaltung des Gebiets Luhansk rief am 29.04.22 die verbliebene Zivilbevölkerung der Stadt Sewerodonezk nach dem Beschluss einer Schule zum sofortigen Verlassen des Stadtgebietes auf. Die von der Russischen Föderation eingesetzte Militärverwaltung des besetzten Gebiets Cherson gab am 28.04.22 die beabsichtigte Einführung des russischen Rubels als Zahlungsmittel ab dem 01.05.22 bekannt und schloss eine Rückkehr des Gebiets unter ukrainische Kontrolle aus. Laut Angaben der ukrainischen Regierung seien seit Beginn der Besetzung des Gebietes 35 der 49 Verwaltungsleitenden durch russische Streitkräfte entführt worden; 17 seien in der Zwischenzeit wieder freigelassen worden. Medienberichte sprechen weiter von Auflösungen pro-ukrainischer Demonstrationen in Cherson unter Einsatz von Tränengas und Blendgranaten durch russische Streitkräfte. Im Gebiet Kiew kam es laut ukrainischer Medienangaben am 28.04.22 zu einem Todesopfer und mehreren Verletzten durch explodierte Landminen. Das Gebiet war bis Anfang April 2022 im Rahmen des Angriffs auf Kiew in Teilen von russischen Streitkräften besetzt. Kiews Bürgermeister Vitali Klitschko warnte am 28.04.22 die aus der Stadt geflohene Zivilbevölkerung vor einer derzeitigen Rückkehr in die Stadt und das Umland aufgrund der Gefahr durch Minen und Luftangriffe. Im von ukrainischen Kräften nach wie vor gehaltenen Stahlwerk „Asowstal“ in der Hafenstadt Mariupol kam es laut ukrainischen Medienberichten am 28.04.22 zum Einsturz eines ein Feldlazarett beherbergenden Gebäudes, wodurch über 500 Verletzte und ärztliches Personal eingeschlossen worden seien. Unter Beteiligung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und der UN startete ab 01.05.22 eine Evakuierung der verbliebenen Zivilpersonen auf dem Werksgelände. Bis einschließlich 28.04.22 wurden laut UN-Angaben mindestens 2.899 getötete und 3.235 verletzte Zivilpersonen im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen dokumentiert. Angaben der ukrainischen Ombudsperson vom 26.04.22 zufolge gelten über 16.000 Personen derzeit als vermisst, davon ein Viertel aus der Stadt Mariupol. Laut UNHCR-Schätzungen könnte die Zahl der aus der Ukraine geflohenen Menschen in diesem Jahr auf 8,3 Mio. anwachsen; mit Stand 29.04.22 sind bereits über 5,4 Mio. Menschen in die Nachbarstaaten der Ukraine geflohen.

09. Mai 2022

Entwicklung der Kampfhandlungen und der humanitären Lage

Die hauptsächlichen Kampfhandlungen in der Ukraine erstrecken sich aktuell auf den Donbas und finden mit besonderer Intensität in der Nähe von Charkiw, von Gulyai Polya bis Saporischschja und von Cherson entlang des rechten Dnjeprufers bis Krywyj Rih statt. Die Versorgungssituation betreffend Trinkwasser und Lebensmittel in den umkämpften Städten Popasna und Rubizhne ist offiziellen ukrainischen Angaben zufolge kritisch. Aufgrund von konfliktbedingten Schäden an einer Filterstation in Popasna sollen darüber hinaus etwa eine Mio. Einwohner der Oblast Luhansk von der Leitungswasserversorgung abgeschnitten sein. Ukrainische Medien berichten ferner,

dass seit dem 03.05.22 ein großangelegter Sturm auf das Asovstal-Werksgelände in Mariupol stattfindet, das weiterhin von ukrainischen Kräften kontrolliert wird, während offiziellen russischen Angaben zufolge weiterhin eine Blockadestrategie verfolgt wird. Russischen und ukrainischen Medienberichten zufolge wurde in den besetzten Gebieten teilweise ein Passierscheinsystem eingeführt, welches der Kontrolle der Bevölkerung dient und die Bewegungsfreiheit von Personen bis zum Erhalt eines Passierscheins zusätzlich einschränkt. Eine Verschärfung hinsichtlich der Rhetorik der ukrainischen Seite ist zu beobachten. Sowohl der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Aleksey Danilov, wie auch Oleksiy Arestovych, Berater des Leiters des Büros des Präsidenten, erklärten, es könne keinen Friedensvertrag geben, nur eine Kapitulation Russlands. Bis einschließlich 04.05.22 wurden laut UN-Angaben mindestens 3.280 getötete und 3.451 verletzte Zivilpersonen im Zusammenhang mit dem Konflikt dokumentiert. Gemäß UN-Angaben sind bislang 5.801.159 Personen aus der Ukraine geflohen (Stand: 06.05.22) und schätzungsweise 7,7 Mio. Personen (Stand: 05.05.22) innerhalb der Ukraine auf der Flucht.

16. Mai 2022

Entwicklung der Kampfhandlungen

Am Wochenende haben russische Kräfte ihren Rückzug aus dem nördlichen Teil der Oblast Kharkiv fortgesetzt. Die russische Seite wird voraussichtlich versuchen, die Frontlinie in der Nähe von Woltschansk zu halten, über die die Kommunikation nach Isjum abläuft. Die neuen Frontverläufe ermöglichten der ukrainischen Seite den Beschuss der Siedlung Sereda in der russischen Oblast Belgorod. Es ist damit zu rechnen, dass russische Kräfte versuchen, einen Angriff auf Sloviansk vom Osten und Westen der Fernstraße Charkiw-Rostow aus zu organisieren. Russland formiert ferner Kräfte für den Kampf um Sewerodonezk und versucht, von Popasna aus in Richtung Bakhmut vorzustoßen. Die Führungsspitze der von Russland eingesetzten „militärisch-zivilen Verwaltungen“ der Oblast Kherson gab öffentlich zu erkennen, dass eine Integration der besetzten Oblast in die Russische Föderation angestrebt wird.

Humanitäre Lage

Die ukrainische Wirtschaft wird durch den Konflikt weiterhin stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung geht für das Jahr 2022 nun von einem Negativwachstum von 30 % aus, während die Prognose von Ende März noch bei einem Negativwachstum von 20 % lag. Die tatsächliche Wachstumsrate des BIP werde gemäß der Bank jedoch maßgeblich davon abhängen, wie lange der Konflikt in der Ukraine andauert, von den Bedingungen eines Friedensabkommens, dem Umfang des Wiederaufbaus und der Zahl der Geflohenen, die in ihre Heimat zurückkehren. Bis einschließlich 12.05.22 wurden laut UN-Angaben mindestens 3.573 getötete und 3.816 verletzte Zivilpersonen im Zusammenhang mit dem Konflikt dokumentiert. Gemäß UN-Angaben sind bislang 6.111.172 Personen aus der Ukraine geflohen (Stand: 13.05.22).

23. Mai 2022

Entwicklung der Lage in der Ukraine

Russland setzt die Erstürmung von Sewerodonezk fort und bereitet eine Offensive gegen Slawjansk vor. Russische Kräfte haben sich in der Nähe von Bakhmut verschanzt. Die Raketenangriffe auf verschiedene ukrainische Städte gehen indessen weiter. Am 22.05.22 griff Russland die Oblaste Charkow, Saporoschje, Dnipropetrowsk und Schytomyr an. Die Werchowna Rada hat das Kriegsrecht und die Mobilisierung in der Ukraine bis zum 23.08.22 verlängert. Der Verhandlungsprozess zwischen Russland und der Ukraine ist gemäß offiziellen Angaben beider Seiten vollständig zum Erliegen gekommen und wird aktuell faktisch nicht fortgesetzt. In der vergangenen Woche haben die im Asovstal-Werk in Mariupol eingeschlossenen ukrainischen Kräfte gruppenweise das Werksgelände verlassen und befinden sich nun in russischer Gefangenschaft. Russischen Angaben zufolge handelt es sich dabei um 2.439 ukrainische Militärangehörige. Gemäß Informationen der ukrainischen Seite ist ein Gefangenenaustausch vorgesehen, russische Angaben bestätigen dies allerdings bislang nicht. Die russischen Streitkräfte begannen in den Oblasten Cherson, Mykolajiw und Saporischschja mit der Errichtung eines Systems von Schützengraben und Betonbefestigungen.

30. Mai 2022

Entwicklung der Lage in der Ukraine

Russische Armeeeinheiten setzten in der vergangenen Woche ihre Offensive in der Ostukraine fort und versuchen, die Kontrolle über das gesamte Gebiet des Donbass zu erlangen. Die russische Armee hat die Stadt Lyman in der Oblast Donezk eingenommen und verstärkt versucht, die ukrainischen Truppen einzukesseln, die Sewerodonezk, das Verwaltungszentrum des ukrainisch kontrollierten Teils der Region Luhansk, verteidigen. Der Angriff auf Sewerodonezk durch russische Kräfte hält weiterhin an. Im Stadtgebiet finden Kämpfe statt. In der Oblast Donezk rücken die russischen Streitkräfte zudem immer näher an die Stadt Slovjansk vor, wo es vereinzelt zu Wasser- und Stromausfällen kommt. Die Angehörigen des ukrainischen Regimentes „Asov“, die nach ihrem Einsatz im Asovstal-Werk bei Mariupol in russische Gefangenschaft gerieten, werden voraussichtlich von der russischen Seite vor Gericht gestellt. Gespräche über einen möglichen Gefangenenaustausch mit der Ukraine könnten gemäß dem stellvertretenden russischen Außenminister Andrej Rudenko erst stattfinden, wenn die entsprechenden Verfahren abgeschlossen sind. Russland erleichterte die Voraussetzungen zur Einbürgerung von Einwohnerinnen und Einwohner der besetzten Gebiete in den Oblasten Cherson und Saporischschja, so dass diese nun jenen entsprechen, wie sie bereits seit 2019 für die von den selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk (DNR/LNR) kontrollierten Gebiete gelten. Bis einschließlich 27.05.22 wurden gemäß UN-Angaben bislang 4.031 getötete und 4.735 verletzte Zivilpersonen in Zusammenhang mit dem Konflikt dokumentiert. Gemäß UN-Angaben sind bislang 6.737.208 Personen aus der Ukraine geflohen (Stand: 27.05.22) und schätzungsweise acht Mio. Personen (Stand: 23.05.22) innerhalb der Ukraine auf der Flucht.

13. Juni 2022

Entwicklung der Lage in der Ukraine

Die Offensive russischer Streitkräfte in der Ostukraine zur Eroberung des Donbass-Gebietes hält weiterhin an (vgl. BN v. 23.05.22 u. 30.05.22). Laut Medienberichten finden in der seit Wochen im militärischen Fokus stehenden Stadt Sjewjerodonezk im Gebiet Luhansk nach wie vor schwere Kampfhandlungen statt, einzelne Teile der Stadt seien noch von ukrainischen Streitkräften gehalten. Ukrainischen Angaben zufolge seien derzeit noch hunderte Zuflucht 15 suchende Zivilpersonen auf dem Gelände einer Chemiefabrik in Sjewjerodonezk aufhältig. Von der südukrainischen Frontlinie zwischen dem von Russland eroberten Gebiet Cherson und der benachbarten Region Mykolajiw wurden am 12.06.22 Raketenangriffe auf mehrere Dörfer durch russische Streitkräfte gemeldet. Das oberste Gericht der selbsternannten Donezker Volksrepublik verurteilte laut Medienberichten am 09.06.22 zwei britische und einen marokkanischen Staatsangehörigen zum Tode. Die Verurteilten hatten zuvor auf ukrainischer Seite am Kriegsgeschehen teilgenommen und gerieten dabei in Gefangenschaft. Der russische Außenminister Sergej Lawrow gab am 10.06.22 bekannt, dass keine Verantwortung seitens der Russischen Föderation für die verhängten Todesurteile besteht. Die separatistischen Donezker und Luhansker Volksrepubliken waren unmittelbar vor Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine als unabhängige Staaten seitens Russlands anerkannt worden. Bis einschließlich 10.06.22 wurden gemäß UN-Angaben bislang mindestens 4.339 getötete und 5.246 verletzte Zivilpersonen im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen dokumentiert. Laut UNHCR-Angaben sind 7.363.623 Personen seit dem 24.02.22 aus der Ukraine geflohen (Stand: 09.06.22).

20. Juni 2022

Entwicklung der Lage

Die Kampfhandlungen konzentrieren sich weiterhin insbesondere auf das Gebiet um die Stadt Sjewjerodonezk in der ostukrainischen Donbass-Region (vgl. BN v. 13.06.22). Zudem wurden am 19.06.22 laut ukrainischen Angaben Raketenangriffe russischer Streitkräfte auf weitere Ortschaften im Donbass, im südukrainischen Frontgebiet zwischen Cherson und Mykolajiw sowie im Gebiet um die nordöstliche Großstadt Charkiw gemeldet. Auch aus der Hauptstadt Kiew wurde am Vormittag des 19.06.22 ein russischer Luftangriff gemeldet. Ukrainischen Agenturangaben zufolge plant die Ukraine die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen mit der Russischen Föderation ab Ende August 2022; zuvor gab Präsident Selenskyj am 16.06.22 bekannt, die Gespräche könnten aufgrund der Position Russlands derzeit nicht fortgeführt werden. Laut Medienberichten sollen die russischen Streitkräfte in der Ukraine bislang mindestens 210 durch internationale Verträge verbotene Munitionsarten

eingesetzt haben, die eine Bedrohung für die Zivilbevölkerung darstellen können. Bis einschließlich 16.06.22 wurden laut UN-Angaben 4.509 getötete und 5.585 verletzte Zivilpersonen im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen dokumentiert. Im Kontext des EU-Beitrittsgesuchs der Ukraine und des sich mit dieser Frage befassenden EU-Gipfeltreffens am 23.06. und 24.06.22 werde laut Präsident Selenskyj eine Intensivierung der militärischen Aktivitäten seitens Russlands erwartet.

27. Juni 2022

Entwicklung der Lage

Die Angriffe russischer Streitkräfte haben sich in den vergangenen Tagen vermehrt auch auf weit von der Kriegsfront entfernte Gebiete ausgeweitet. In den west- und zentralukrainischen Gebieten Schytomyr, Lwiw, Chmelnyzkyj, Riwne und Tscherkassy habe es am 25.06. und 26.06.22 laut Angaben der dortigen Behörden Explosionen und Raketeneinschläge gegeben. Bei einem Luftangriff auf ein Wohnviertel in der Hafenstadt Odessa am 27.06.22 wurden laut ukrainischen Angaben sechs Zivilpersonen verletzt; aus der Hauptstadt Kiew wurde am 26.06.22 nach Raketeneinschlägen in Wohngebäuden ein Todesfall und sechs verletzte Personen gemeldet. Nach der Eroberung der lange umkämpften Stadt Sjewjerodonezk in der Ostukraine konzentrieren sich laut Medienberichten die russischen Angriffsvorstöße nun auf die benachbarte Stadt Lyssytschansk. Laut Angaben der ukrainischen Militärverwaltung des Gebiets Luhansk versuche Russland die Stadt aus südlicher Richtung zu blockieren, es gebe großflächige Schäden an ziviler Infrastruktur. Bis einschließlich 24.06.22 wurden laut UN-Angaben 4.677 getötete und 5.829 verletzte Zivilpersonen im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen dokumentiert. Präsident Selenskyj rief die Bevölkerung des Nachbarlandes Belarus auf, sich nicht in das Kriegsgeschehen hineinziehen zu lassen. Es gebe laut Informationen des ukrainischen Generalstabes eine anhaltende militärische Zusammenarbeit zwischen Belarus und Russland, etwa durch belarussische Munitionslieferungen an die russische Seite.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de